

Kreistagsrückblick

Ein zweites Mal in diesem Jahr kamen die Kreisräte zu ihrer Sitzung am 26. Februar 2009 in der Vogtland-Klinik Bad Elster zusammen.

Einleitend zur Kreistagsitzung informierte der Landrat u. a. zur **DSL-Versorgung in den ländlichen Kommunen**. Hier betrachtet er die Fördermittelsituation im Freistaat nach wie vor als unzureichend, um die ländlichen Regionen fit zu machen für die Zukunft. Lenk: „Wir können aufhören von ländlichen Räumen zu sprechen, wenn der Mittelstand, Dienstleistungen und ärztliche Versorgung nicht die Anbindung erhalten, die sie jetzt und zukünftig benötigen.“ Daher strebt der Vogtlandkreis die Realisierung eines Gesamtprojektes für die Region an. Wichtig ist es Lösungen anzubieten, die nicht den heutigen Bedarf mit einer Mindestlösung abdecken und daher einem Lückenschluss gleichkommen, sondern solche, die zukunftsfähig sind und damit den nachgewiesenen und noch zu erwartenden weiterhin stark ansteigenden Anforderungen der Nutzer gerecht werden.

Ein entsprechender Projektantrag wurde beim zuständigen Umweltministerium eingereicht. Knackpunkt bleibt, dass die derzeit vorhandenen Förderinstrumentarien nicht anwendbar sind. Deshalb werden weitere Gespräche geführt, um ein Umdenken in der Förderpolitik zu bewirken.

Weiterhin informierte der Landrat zum Zwischenstand bei der **Übertragung der Aufgaben der Schülerbeförderung an den Zweckverband ÖPNV**, der in der Organisation der Schülerverkehre gut unterwegs sei. Lenk ist weiterhin optimistisch, dass es dem Zweckverband gelingt, aus einem Guss den Öffentlichen Personennahverkehr inklusive der Schülerbeförderungsleistungen gut und effizient zu organisieren.



Archivfoto: Dieter Krug

Hinsichtlich des eingestellten Vogtland-Expresses verbreitete Lenk vorsichtig aber dennoch deutlich Optimismus mit den Worten: „Wenn alles gut geht, fährt er wieder, vielleicht schon bald“, und machte damit Hoffnung, dass die tagtägliche Verbindung des Vogtlandes in die Bundeshauptstadt Berlin fortgeführt werden könnte.

Den ersten Tagesordnungspunkt, **Berichterstattung der Sparkasse Vogtland**, nutzte Vorstandsvorsitzender Arthur Scholz für eine ausführliche Schilderung zur nationalen und internationalen Finanzsituation und zur Position des eigenen Hauses. Dabei betonte er den Sicherheitsaspekt als hohes Prinzip des regionalen Geldinstitutes. „Bei uns gibt es nicht die höchsten Zinsen, aber bei uns bekommen die Kunden Geld und Zins zurück“, sieht er sein Haus auch in Zeiten der Finanzkrise gut aufgestellt.

Den Optimismus schöpft er aus der Bilanz 2008 sowie Eigenkapital und Reserven, die nicht angetastet wurden. Auch zukünftig, so Scholz, will die Sparkasse solide bleiben, zukunftsfähig aufgestellt als viertgrößte Einrichtung in Sachsen.

Bei einer Bilanzsumme von drei Milliarden Euro und 2,2 Milliarden Kundeneinlagen ist Sicherheit das A und O, konnten die Kreisräte seine Worte als Versprechen aufnehmen.

Für die einheimische Wirtschaft wurden 178 Mio. Euro im letzten Jahr als Kredit ausgereicht, womit die Sparkasse ihrer regionalen Aufgabe zur Förderung der Wirtschaft gerecht wurde.

Zahlreiche Kreisräte nutzten anschließend die Gelegenheit, den Vorstandsvorsitzenden mit Fragen zu löchern. Seitens der DSU kam die geharnischte Forderung, aus der Finanzgruppe auszustiegen. Vorteil in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern ist es jedoch, dass nur Sparkassen in der Sachsen-Finanzgruppe sind und keine Landesbanken. Damit sind die Risiken erheblich geringer als beispielsweise in Bayern, wo jede einzelne Sparkasse als Anteilseigner mitleisten muss.

Im anschließenden Tagesordnungspunkt beschäftigten sich die Kreisräte mit der **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Betreibergesellschaft „Deponie Schneidenbach GmbH“**. Mit deutlicher Mehrheit beschlossen die Kreisräte eine Änderung des Gesellschaftsvertrages im Zuge der Kreisgebietsreform, mit der der EVV zum 1. Januar 2009 gesetzlich aufgelöst wurde. Zuvor wurde die Änderung im zeitweiligen Müllausschuss im Januar diskutiert

und eine Anpassung des Vertrages vorgeschlagen und die Verwaltung damit beauftragt. Gesellschafter ist der Landrat und die CDU-Kreisräte Knut Kropfgans und Thomas Fiedler, Karin Höfer von den LINKEN, SPD-Kreisrätin Gudrun Militzer und FDP-Kreisrat Ulrich Riedel die gewählten Aufsichtsräte.

Vor der Abstimmung informierte der zuständige Dezernent Lars Beck über die wirtschaftliche Entwicklung der Abfallentsorgung der letzten Jahre. So wurde die Kreiseisorgungsgesellschaft 1998 ins Leben gerufen und seither die Kosten der Entsorgung von 6,5 Mio. Euro auf 5,1 Mio. Euro effizient reduziert. Ohne Zuschuss des Vogtlandkreises gelang es zudem, 15 Mio. Euro in der Region zu investieren und rund 100 Arbeitsplätze zu schaffen und mit ordentlichen Löhnen auszustatten.

Spürbar sind ebenfalls die stabilen Gebühren, die sich seither trotz galoppierender Preisentwicklung nicht erhöhten. Die erarbeiteten Gewinne werden reinvestiert, so Beck weiter, der sich dafür aussprach, diese erfolgreiche Struktur auf die DSG zu übertragen mit einem Gesellschafter und einem Aufsichtsrat, der kontrollierend wirkt.

Im nächsten Tagesordnungspunkt wurde beschlossen, **Dr. Uwe Schink, Geschäftsführer der Kreiseisorgungsgesellschaft auch zum 2. Geschäftsführer der Betreibergesellschaft Deponie Schneidenbach GmbH** zu berufen. Der Vorschlag der Verwaltung fußt auf einem Vieraugenprinzip, das ein abgestimmtes und kontrolliertes Handeln ermöglicht und in dieser Weise Synergien nutzt.

Als ein ausführlicher Tagesordnungspunkt gestaltete sich der anschließende Vorschlag zur **Auditierung im Rahmen des European Energy Award**. Umweltamtsleiter Dr. Tobias Pohl und Christian Mietsch, Geschäftsführer der Sächsischen Energieagentur SAENA GmbH, informierten die Kreisräte über Sinn und Nutzen der Auditierung und die bisher genutzten Potenziale in der Region. Der European Energy Award ist eine ursprünglich für Kommunen entwickelte Zertifizierung für kommunale Energiepolitik. Ziel ist die vorrangig verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Zusätzlich wird dabei ein Qualitätsmanagement für den kommunalen Energiebereich aufgebaut. In Sachsen ist bereits der Landkreis Görlitz bestätigt und dem Vogtlandkreis wurde aufgrund seiner Vorreiterrolle auf diesem Gebiet, was auch bei der diesjährigen Energiekonferenz wieder zum Ausdruck kommen wird, unterbreitet, hier mitzuwirken.

„Für den Vogtlandkreis sollte es selbstverständlich sein, sich daran zu beteiligen, schon allein um die Möglichkeit zu nutzen, anhand eines standardisierten Verfahrens Potenziale aufgezeigt zu bekommen“, warb Dr. Pohl für die Zustimmung der Kreisräte. Diesem Ansinnen folgten die Kreisräte mit einem mehrheitlichen Votum.

Einleitend zum nächsten Tagesordnungspunkt der **Grundschulbestellung durch den Waldpark Grünheide** nutzten der eingelaufene Vorstand des Waldparks, Joachim Otto und Hardy Spitzner, um die derzeitige wirtschaftliche und inhaltliche Situation der in Sachsen größten Jugendeinrichtung vorzustellen. Mit der wirtschaftlich notwendigen Sanierung des Heizungssystems der Einrichtung schloss sich dieser Tagesordnungspunkt fast nahtlos an den vorangegangenen an.



Energieeffizienz, so trug es Waldpark-Vorsitzender Joachim Otto vor, ist hinsichtlich der Betriebskosten von existenzieller Bedeutung für die Einrichtung, die sich vorgenommen hat, in drei Bauabschnitten mit einem Gesamtkostenvolumen von knapp einer halben Million Euro und der Nutzung von Fördermitteln diese Sanierung anzugehen. Zugleich bedankte sich der Waldparkvorstand für den Vertrauensvorsprung der Kreisräte, die mit ihrer Entscheidung zur Rettung der Einrichtung beitrugen. Dass das Geld gut angelegt war, darüber informierte Otto in einer Zwischenbilanz.

Fazit: Die Finanzen sind geordnet, von der Betriebsprüfung bestätigt und mit der fortgeführten Solidität soll in die Zukunft investiert werden. So wurden im vergangenen Jahr über 59.000 Übernachtungen erzielt und auch in diesem Jahr gibt es bereits eine vergleichsweise gute Auslastung, die ausdrückt, dass der Waldpark wirtschaftlich führbar ist. Von der Heizungssanierung erwarten sich die Ver-

antwortlichen Einsparungen bis 20.000 Euro pro Jahr. Einer durch den Haushalts- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Grundschulbestellung stimmten die Kreisräte zu.

Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2009/2010

Mehrheitlich beschlossen die Kreisräte die von der Verwaltung vorgelegte Satzung. „Wir investieren weiter mit einem konsolidierten Haushalt und bleiben bei der Verschuldung unter dem Sachsen-durchschnitt“, so die zusammenfassenden Worte des Landrates.

Dass es ein gelungener Haushalt ist, drückten die Kreisräte mit Dank an die zuständige Kämmerin Stephanie Paul mit spontanem Klopfen aus. Dem folgten die Wortbeiträge der Fraktionen: Volker Mieth für die LINKE lobte die Solidität des Doppelhaushaltes, SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Kätzel gab die Zustimmung seiner Fraktion für einen ordentlichen Haushalt bekannt. Dieter Kießling, Fraktionschef der CDU, würdigte die Dimension dieses Haushaltes, der mit keinem vorangegangenen vergleichbar wäre, unterstrich die Planungssicherheit, die damit für Vereine und Verbände gegeben ist, und sprach sich für eine volle Unterstützung der Investitionspolitik des Landkreises bei den derzeit hohen Fördermitteleraten aus. Auch die DSU sprach von einem guten Haushalt, der keinen Stillstand verordnet. Kerstin Knabe von der FDP lobte den Haushalt als grundsolides Bauwerk und Carmen Künzel von den Freien Wählern nannte den Haushalt gar ein Meisterstück und fand Investieren als bestes Mittel in der gegenwärtigen Zeit.

Dafür sind im Vermögenshaushalt in diesem Jahr 89,5 Mio. Euro und im kommenden Jahr 51,3 Mio. Euro ausgewiesen.

Für den Bereich der Investitionstätigkeit stehen die Schwerpunkte Straßen mit 20 Mio. Euro, die Sanierung und Ausstattung von Schulen mit 4,2 Mio. Euro, Vorleistungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung von einer Million Euro sowie investive Zuschüsse an Freie Träger der Sozial- und Jugendhilfe und der Bau des Elsterradweges.

Weiterhin nimmt der Haushalt Maßnahmen der Zentralisierung der Landkreisverwaltung auf, die durch die Kreisgebietsreform von Plauen übernommenen Berufsschulzentren und Förderschulen und baute, um auf das Konjunkturpaket des Bundes flexibel reagieren zu können, vorsorglich drei Mio. Euro an Eigenmitteln ein.

Die Kreditaufnahme sichert über die damit finanzierten Investitionen Arbeitsplätze und fungiert als Gegensteuerung der Öffentlichen Hand in konjunkturell schwachen Zeiten. Genau für diesen Schritt sprachen sich die Kreisräte mit deutlicher Mehrheit aus.

Mit einem Punkt der Toleranz setzte der Kreistag seine Diskussion fort und entschied sich bei drei Gegenstimmen und einer Enthaltung für eine **Teilnahme des Vogtlandkreises an der Initiative „Orte der Vielfalt“**, um damit ein deutliches Zeichen für Vielfalt,



Toleranz und Demokratie zu setzen. Damit folgt der Vogtlandkreis einer Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Teilnahmevoraussetzungen hat der Vogtlandkreis erfüllt und wird mit der Zustimmung des Kreistages eine dementsprechende Bewerbung abgeben.

Besonders deutliche Worte fanden die LINKEN und die SPD im Kreistag, die laut Karin Höfer diesen Schritt für dringend erforderlich halten und seitens des SPD-Fraktionschefs Lutz Kätzel mit Verweis auf den Verfassungsschutzbericht und die Internetseiten der NPD: „Auf ihren Seiten wollen sie uns Feuer unterm Arsch machen, heute machen wir mit diesem Beschluss ihnen Feuer unterm Arsch. Wir werden ihnen sagen, was wir von ihrer Ideologie halten“, sprach er ungewohnt deutliche Worte in Richtung der für die NPD im Kreistag sitzenden parteilosen Mitglieder.

Mit einem weiteren Tagesordnungspunkt ging eine erneute Diskussion um eine Zentralisierung der Landkreisverwaltung einher. Dabei ging es um die Entscheidung für eine **weitere Anmietung eines Gebäudes in Plauen für eine funktionelle und wirtschaftliche Verwaltungsarbeit**. Genau diese Gratwanderung versuchte der zuständige Haupt- und Personalamtsleiter Peter Plohmann den Kreisräten zu verdeutlichen.

„Immerhin waren 500 Mitarbeiter durch Kreis- und Funktionalreform zu integrieren und dies geht nicht ohne Anmietung. Gleichzeitig war es notwendig, auch die Arbeit in den Ämtern zu konzentrieren, um effiziente Strukturen zu erreichen“, argumentierte er für eine effiziente und auch sinnvolle Unterbringung der Mitarbeiter.

In der Diskussion konnten nicht alle Kreisräte diesem Ansinnen folgen und sprachen von „Verlusten“ und notwendigem „Ausgleich“ und blieben mitunter skeptisch, was die aktuellen Umzüge betrifft. Der Landrat machte die Notwendigkeit der Entscheidung nochmals in Zahlen deutlich: von 1.078 Mitarbeitern werden zirka 620 Mitarbeiter in Plauen zentral untergebracht. Alle anderen Mitarbeiter arbeiten weiter dezentral in der Region.

In Richtung der Vertreter der Göltzschtalregion sagte Lenk, dass die Zukunft des Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnraumes mit etwa 40.000 Menschen sicherlich von ganz anderen Fragen bestimmt wird, als von der Präsenz von 50 bis 70 Beschäftigten der Landkreisverwaltung. Lenk argumentierte mit bemerkenswerten Anschüben in der Gesamt-